



SCHULE IN CORONA-ZEITEN

Soziale Ungleichheiten werden noch stärker spürbar

Seite 3



KULTUR IST SYSTEMRELEVANT

Berlins Kultur muss gerettet werden

Seite 6



VERLÄNGERUNG DER U7

Notwendig für die Menschen

Seite 10



NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 189, Ausgabe II/2020

WENN EIN VIRUS DIE WELT ZUM STRAUCHELN BRINGT

Jetzt die Weichen für eine soziale und ökologische Zukunft stellen



LERNEN AUS DER KRISE

Seit fast drei Monaten beherrscht Corona unser Leben. Die harten Einschnitte in unser Leben zeigten bislang Wirkung. Eine Explosion der Infektionsrate und der Kollaps des Gesundheitssystems wurden zumindest bislang vermieden.

Dieser vorläufige Erfolg ist dem verantwortungsvollen Handeln der Bürger*innen zu verdanken. Sie hielten die strengen Vorgaben weitestgehend ein und viele unterstützen Hilfebedürftige solidarisch. Auffällig ist auch, dass die demokratischen Parteien in der Krise zusammengedrückt sind – die oft gescholtene Politik hat Handlungsfähigkeit bewiesen.

Was können wir aus der Krise lernen? Es wurde deutlich, wer das Land tatsächlich am Laufen hält. Nicht Banken und Manager*innen, sondern Krankenpfleger*innen, Verkäufer*innen, Postzusteller*innen und all die anderen Held*innen des Alltag. Sie werden vielfach schlecht bezahlt und noch weniger geachtet. Das muss sich endlich ändern.

Und auch der demokratische Staat ist gewachsen. Politik und Behörden zeigen, dass Probleme schnell und wirksam angegangen werden können. Diese Erfahrung darf sich nicht allein auf die Corona-Pandemie beschränken. Auch Klimakrise, Mietenwahnsinn oder die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich taugen dazu, die Gesellschaft zu zersetzen und sollten energisch angegangen werden.

Die Stachel-Redaktion



Foto: Jutta Brennauer

INHALT

- Schulreinigung re-kommunalisieren *Seite 3*
- #IchBinKeinVirus *Seite 4*
- Recht auf Wohnen – überall *Seite 5*
- Schutz vor häuslicher Gewalt *Seite 6*
- Care-Arbeit geht uns alle an *Seite 7*
- Zero Waste *Seite 8*
- Rot-Rot-Grün schützt unsere Bäume *Seite 9*
- Kommunalpolitik in Corona-Zeiten *Seite 10*
- Rechtsextremismus in Neukölln *Seite 11*
- Schulbau statt Blockade *Seite 12*

Die globale Corona-Pandemie hat uns eiskalt getroffen. Der Virus fordert drastische Einschränkungen von allen, bis hin zur gesundheitlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Existenzbedrohung. Die Politik trägt nun die Verantwortung, Menschenleben zu schützen und gleichzeitig die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Wir müssen einschränken und gleichzeitig die negativen Folgen dieser Einschränkungen dämpfen.

DRASTISCHE EINSCHRÄNKUNGEN

So wurden Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit und die Religionsfreiheit drastisch beschränkt, die Rate der häuslichen Gewalt steigt. Rassistische Übergriffe nehmen bedrohlich zu. Kinderschutz kommt zu kurz und Menschen vereinsamen. Und bereits vor Corona hatten wir ein gravierendes Schulplatzproblem. Zu wenig Räume und

Lehrkräfte - das rächt sich jetzt mit Corona dramatisch.

Wir müssen handeln. So brauchen wir Indikatoren, an denen wir Lockdown oder Lockerungen messen können. Deswegen fordern wir Grüne einen Expertenrat für Berlin, bestehend aus Virologen, aber auch aus Fachleuten aus Wirtschaft, Bildung und Psychologie, der den Senat berät.

BERLINER ZUSAMMENHALT

Es heißt so oft, in jeder Krise liege eine Chance. Es fällt dieser Tage zugegeben schwer, das zu glauben. Doch zeigen uns die Entbehrungen, worauf es wirklich ankommt. Dass wir neue Debatten über Anerkennung, Gerechtigkeit und ein zunehmendes Lohngefälle führen. Dass wir Rassismus und Hass endlich entschlossen entgegentreten.

Fortsetzung auf Seite 2

WENN EIN VIRUS DIE WELT ZUM STRAUACHELN BRINGT

Jetzt die Weichen für eine soziale und ökologische Zukunft stellen

Fortsetzung von Seite 1

Dass die derzeitige Solidarität über den Tag und Ländergrenzen hinaus bestand hat. Dass diese Krise die treibende Kraft für einen neuen Berliner Zusammenhalt ist.

Dafür braucht es eine starke offene Gesellschaft, in der Menschen- und Bürgerrechte auf der Straße, in Schulen, Betrieben und Gerichtssälen konsequent verteidigt werden. Es braucht eine soziale Stadtpolitik, die allen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Es braucht eine starke gesellschaftspolitische Kraft, die aus der Mitte der Stadtgesellschaft heraus für ein solidarisches und weltoffenes Berlin arbeitet, kämpft und gut regiert. Und es braucht eine ausgestreckte Hand, die niemanden zurücklässt - nicht in Berlin und nicht an den europäischen Außengrenzen.

KLIMAKRISENFESTE GESELLSCHAFT

Und es braucht auch einen Wiederaufbau, der unsere Gesellschaft klimakrisenfest machen. Denn Corona bereitet den Menschen ähnlich große Sorgen wie die Klimakrise, das zeigen Studien. Deshalb müssen wir staatliche Konjunkturprogramme an ökologische Bedingungen knüpfen.

Parks sind gerade unsere wichtigsten Aufenthaltsorte. Unser Stadtgrün ist systemrelevant. Wir haben im Berliner Haushalt deshalb deutlich mehr Geld zur Bewässerung der Bäume bereitgestellt, die die Bezirke im Kampf gegen Trockenheit und Vernachlässigung ausgeben können

RAD, BUSSE UND BAHNEN STÄRKEN

Radverkehr und den ÖPNV sind auch und gerade in Corona-Zeiten Lebensadern: Daher bauen wir ra-

send schnell in ganz Berlin neue „Popup-Radwege“, die künftig von Protected Bike Lanes ersetzt und ein berlinweites Netz bilden werden. Das gleiche hoffe ich für die neuen Corona-bedingten temporären Spielstraßen in Berlin.

Der ÖPNV leidet dramatisch unter den Corona-Einschränkungen. Wir müssen den Nahverkehr sichern und auch auszubauen. Es darf nicht sein, dass die Autoindustrie jetzt Milliardenkredite bekommt und der ÖPNV als Verlierer aus der Krise hervorgeht.

Das Coronavirus hat nicht nur eine Gesundheitskrise ausgelöst; die wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden uns noch lange begleiten. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Steuereinnahmen sinken. Wie machen wir Berlin krisenfest und wie soll das Berlin der Zukunft aussehen? Wie das im Bund und in

Berlin gelingen kann, haben wir Grünen beim ersten digitalen Parteitag überhaupt aufgezeigt.

Weitere Infos:

www.bit.ly/2W21xKn



Antje Kapek MdB,
Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/Die
Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

FÜR LIBERTÉ, FRATERNITÉ UND IGELITÉ

June Tomiak, Sprecherin für Jugend, Verfassungsschutz sowie Strategien gegen Rechtsextremismus



June Tomiak,
Foto: Ben Groß

WIE BIST DU ABGEORDNETE GEWORDEN?

Ich habe 2016 auf der Landesliste der Grünen kandidiert und wurde auf Platz 15 gewählt. Dadurch bin ich dann Ende 2016 ins Abgeordnetenhaus eingezogen. Vorher, also als ich noch zur Schule gegangen bin, habe ich mich in diversen Gremien der Schüler*innenvertretungsarbeit engagiert. Bei der Grünen Jugend war ich auch schon einige Jahre da-

bei. Ich habe mich dann entschieden, dass ich gerne junge Perspektiven politisch vertreten würde, weil die mir selbst gefehlt haben. Oft wird man als engagierter junger Mensch wohlwollend, aber von oben herab behandelt. Das erleben derzeit ja auch viele Aktivist*innen von Fridays for Future. Das ändert sich nur, wenn sich unser Verständnis und Bild von Politik und demokratischer Teilhabe verändert und sich das auch in unseren Parlamenten widerspiegelt.

SPIELT DEIN ALTER UND DEIN GESCHLECHT IM ARBEITSALLTAG EINE ROLLE?

Ja, definitiv. Gerade am Anfang war das oft dezidiert Thema. Sei es, weil Kolleg*innen aus anderen Fraktionen dachten, ich sei die Praktikantin oder weil es eine grundsätzliche Irritation gab, wenn ich diejenige war, die zu Terminen aufschlug. Es gab eine große, wahrscheinlich oft auch gar nicht unbedingt bewusste, Skepsis, ob ich tatsächlich mit den älte-

ren Kolleg*innen mithalten kann. Mit der Zeit und der Arbeit hat sich das gelegt. Diese Angriffsfläche ist einfach nicht mehr da. Aber es gibt weiterhin Kollegen (!), die sich nicht damit abfinden wollen, dass ich in derselben Liga spiele wie sie. Mit Argumenten wird sich nicht auseinandergesetzt, sondern bei meinen Reden dazwischen gebrüllt, ich solle doch erstmal was Ordentliches machen (interessantes Bild der eigenen Arbeit). Wobei sehr eindeutig ist, dass es darum gar nicht geht, sondern darum, dass nicht akzeptiert wird, wenn junge Frauen so ein Amt inne haben.

WAS HAST DU IN DEINER ZEIT ALS ABGEORDNETE SCHON ANGEFANGEN UND WAS WILLST DU NOCH THEMATISIEREN?

Viel und vor allem viel Unterschiedliches. Meine Fachbereiche Jugend und Innenpolitik sind sehr unterschiedlich und dementsprechend beschäftigen mich Probleme aus

ganz verschiedenen Bereichen der Stadt. Das größte Vorhaben im Bereich Jugend in dieser Legislatur war das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz. Dafür haben wir lange gekämpft. Seit dem 1.1.2020 ist es in Kraft und jetzt begleiten wir die Umsetzung. Im Bereich der inneren Sicherheit gibt es viele Dinge, die mich umtreiben und die wir weiter thematisieren müssen. Gewalt an Frauen und das erhöhte Sicherheitsrisiko, das Nicht-Männer tragen, ist nicht hinnehmbar. Auch rechte Gewalt in den unterschiedlichen Facetten von rechtsextremem Terror, über Hassgewalt on/offline und Bewegungen wie beispielsweise die Reichsbürgerszene oder Prepper müssen wir im Blick behalten. Bei all diesen Punkten ist klar: Parlamentarisch müssen wir stärker hinschauen, aber genauso müssen Justiz, Staatsanwaltschaften und Behörden besser im Umgang mit diesen Phänomenen werden.

SCHULE IN ZEITEN VON CORONA

Soziale Ungleichheiten werden noch stärker spürbar

Montag, der 16. März 2020: Schüler*innen laufen aufgeregt durch die Gänge, räumen ihre Schränke leer, suchen Schulbücher zusammen. Klassenzimmer werden geputzt, Instagram-Kontakte verteilt. Fast wie der letzte Schultag vor den Sommerferien – aber nur fast. Seit Wochen ging das Gespenst der Schulschließung um. Alle vermuteten, dass es kommt, keine*r wusste wann und für wie lange.

DIGITALISIERUNG – OFT FEHLANZEIGE

Die Lehrer*innen müssen nun ihre Klassen aus der Ferne betreuen, mit Material versorgen und Rückmeldungen geben. „Endlich Digitalisierung“ ist die große Hoffnung – denn wenn nun alle gezwungen sind, digital zu kommunizieren, dann müsste sich der Unterricht doch ins digitale Zeitalter weiterentwickeln. Deutlich

wird jedoch vor allem, dass digitales Lernen kein Selbstläufer ist, wenn es der Heterogenität der Schüler*innenschaft gerecht werden will. Es braucht Vorbereitung, und es braucht Ausstattung. Wenn beides nicht gegeben ist, verschärft es die sozialen Ungleichheiten nur noch mehr.

BENACHTEILIGTEN KINDERN HELFEN

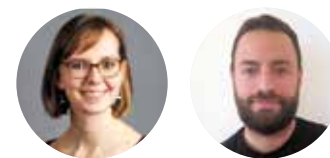
Es gibt Kinder, die mit einem Computer, Internetzugang, eigenem Arbeitsplatz und vielleicht sogar einem Drucker ausgestattet sind und die Eltern haben, die sie bei der Nutzung der digitalen Tools unterstützen können. Und es gibt Kinder, die all das nicht haben. Der OECD-Vergleich hat erneut ergeben, dass der Bildungserfolg in Deutschland stark vom sozioökonomischen Hintergrund der Familie abhängt, was sich durch das „Homeschooling“

in der Corona-Schließzeit absehbar verstärken wird. Die Lücke, die zwischen den Schüler*innen entsteht, wird kaum aufzuholen sein. Den Schulen haben in der Vergangenheit die Mittel gefehlt, um das Lernen am Computer oder mit dem Smartphone angemessen zu trainieren und ihre Lehrer*innen fortzubilden; das rächt sich nun, da alle darauf angewiesen sind. Klar ist aber auch: Eine Ausstattung der Schulen alleine wird nicht ausreichen. Teil der Lösung muss es sein, die Schüler*innen und Familien auch zu Hause zu unterstützen, durch Ausstattung und durch Begleitung.

ES GIBT AUCH LICHTBLICKE

Wie in jeder Krise, gibt es auch in dieser Lichtblicke: Es gibt viele kleine Anekdoten von Schüler*innen, die nun Solidarität lernen und leben, wie beispielsweise mehrsprachige

Kinder, die bei der Übersetzung von Aufgaben oder der Kontaktaufnahme mit Eltern helfen. Die Erfahrung, sich und seine Bedürfnisse zum Wohl der Gemeinschaft zurücknehmen zu müssen, wird Anlass für viele Diskussionen im Unterricht bieten. Nicht zuletzt merken wir auch, wie wichtig und fruchtbar es ist, das selbstständige Lernen zu fördern – und wir können auf neue Impulse und Lernformate im Unterricht hoffen.



Meike Berg, Lehrerin und Mitglied KV Neukölln
Kadir Şahin, AG Bildung KV Neukölln

SCHULREINIGUNG REKOMMUNALISIEREN

Gemeinsam für saubere Schulen und gutes Lernen in Neukölln



Foto: Jutta Brennauer

Die Coronakrise wird die Debatte über Unterricht und Schule noch lange begleiten. Eines ist dabei trotz aller digitaler Experimente sicher: Für gutes Lernen brauchen wir auch künftig Schulen in gutem Zustand – Raum für Verbesserung gibt es da genug. Häufig sind die Schulen so dreckig, dass Lehren und Lernen schwierig sind. Reinigungskräfte haben enormen Zeitdruck, die Leistungsvorgaben sind kaum zu schaffen.

NEUKÖLLN GEHT VORAN

Unser Ziel ist, dass die Schulen end-

lich sauberer werden. Dafür wollen wir die Schulreinigung rekommunalisieren und die Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte verbessern. Sie sollen fest einzelnen Schulen zugeordnet werden, so soll ein Verantwortungsgefühl auf beiden Seiten entstehen. Reinigungskräfte sind keine bloßen Dienstleister, sie gehören zum „Team Schule“!

Bereits Mitte letzten Jahres beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Antrag der Grünen, dass das Bezirksamt Möglichkeiten zur Rekommunalisierung der Schulreinigung prüfen soll. Die

Initiative „Schule in Not“ machte weiter Druck und setzte das Thema damit in ganz Berlin auf die politische Tagesordnung. In Neukölln konnte die Initiative bis Januar 2020 mit breitem ehrenamtlichen Engagement über 11.000 Unterschriften sammeln und an die BVV übergeben; diese hatte im Anschluss zwei Monate Zeit, das Bürgerbegehren zu beraten. In den Beratungen unterstützte eine große Mehrheit in den Ausschüssen die Ziele des Bürgerbegehrens. Nun soll das Bürgerbegehren von der BVV übernommen und beschlossen werden. Ziel des Bezirks ist dann die schrittweise Rekommunalisierung der Schulreinigung!

ARBEITSBEDINGUNGEN BERLINWEIT VERBESSERN

Dieser Beschluss ist nur der Anfang des Weges. Denn die Umsetzung ist durchaus eine Herausforderung für den Bezirk. Umso wichtiger ist es, noch in dieser Wahlperiode weitere Schritte zu gehen. Dazu gehört die Erarbeitung eines Konzepts zur Rekommunalisierung durch das Bezirksamt, in dem ausgeführt wird,

welche finanziellen und personellen Mittel erforderlich sind. Daran sollte auch gemeinsam mit den anderen Bezirken gearbeitet werden, die in Einwohneranträgen zur Schulreinigung ähnliche Beschlüsse gefasst haben. Letztlich brauchen wir eine berlinweite gemeinsame Lösung. Erste Erfahrungen mit bezirkseigenen Reinigungskräften an einzelnen Schulen können Bezirke schon jetzt sammeln – hier soll sich auch Neukölln beteiligen.

Unsere Schulen sollen sauberer werden und wir wollen, dass Zivilgesellschaft und Bezirkspolitik hier gemeinsam erfolgreich für dieses Ziel zusammenarbeiten.



André Schulze, stv. Fraktionsvorsitzender der Grünen BVV-Fraktion Neukölln
Andreas Audretsch, Mitglied im Landesvorstand der Berliner Grünen

DEBATTE STATT DEKRET

Parlamentarismus in Zeiten des Coronavirus



Foto: Sandro Halank

Demokratie kann und muss sich gerade in der Krise beweisen. Das Abgeordnetenhaus trägt seinen Teil dazu bei, dass Berlin die unmittelbaren Auswirkungen und langfristigen Folgen des Coronavirus so gut wie möglich bewältigt.

Krisenzeiten sind die Stunde der Exekutive, so heißt es gemeinhin. Und tatsächlich erleben wir in der Coronakrise, wie wichtig eine handlungsfähige öffentliche Verwaltung ist: ob bei der Um- und Durchsetzung von Schutzmaßnahmen oder der Hilfe für Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Selbstständige. Bedeutet dies, dass es im Kampf

gegen Corona ein Parlament und die demokratische Öffentlichkeit gar nicht braucht? Im Gegenteil!

AUF DAS ABGEORDNETENHAUS KOMMT ES AN

Das Parlament ist und bleibt das Herz der Demokratie. Wer das in der Krise in Frage stellt, spielt mit dem Feuer – und der AfD in ihrer Sehnsucht nach dem „starken Mann“ in die Hände. Ein funktionierendes Parlament ist auch für die Bewältigung der Coronakrise unerlässlich, schon um Gesetzesänderungen, finanzielle Soforthilfen für die Betroffenen oder die Beschaffung dringend benötigter Medizinartikel zu beschließen. Der Senat kann in der Krise zwar versuchen, so schnell und unbürokratisch wie möglich zu reagieren – in etlichen Fällen braucht er aber dafür die politische Unterstützung und Beschlüsse der Abgeordneten.

Die Parlamentarier*innen können aber auch die Öffentlichkeit sowie Verbände, Organisationen oder Netzwerke so gut, schnell und vor allem verlässlich wie irgend möglich über die aktuellen Entwicklungen informieren und deren Fragen,

Hinweise und Forderungen an den richtigen politischen Stellen platzieren. Und natürlich bleibt es unsere Aufgabe und Pflicht, Regierungshandeln zu kontrollieren und mittels parlamentarischer Debatten eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen – gerade in Krisenzeiten!

KEINE SELBSTVERZWERGUNG DER LEGISLATIVE

Um den einschlägigen Empfehlungen der Gesundheitsämter und Virolog*innen Folge leisten zu können, hat der Ältestenrat des Abgeordnetenhauses schnell eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Doch was passiert, wenn das Parlament aufgrund eines hohen Krankenstands oder vieler Abgeordneter in Quarantäne nicht beschlussfähig sein sollte? Wir Grüne warnen hier vor „Schnellschüssen“, da die mit schwerwiegenden Eingriffen in die Rechte eines Verfassungsorgans, seiner freigewählten Abgeordneten oder der Opposition verbunden sein können. Deshalb sollten zunächst alle Alternativen unterhalb einer Verfassungsänderung geprüft werden. Dazu gehören punktuelle

Änderungen der Geschäftsordnung sowie die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Telekommunikation: von digitalen Abstimmungen, wie vom Europäischen Parlament in den letzten Wochen vorgemacht, bis hin zu interfraktionellen Absprachen zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen, bei der die existenten politischen Mehrheitsverhältnisse Beachtung finden (Pairing-Vereinbarung). Für eine „Selbstverzwergung“ und Entmachtung der Legislative inmitten der Coronakrise gibt es jedenfalls keinerlei Notwendigkeit oder politische Rechtfertigung. Solche Vorstöße werden in uns Grünen immer klare Gegner*innen haben!



Daniel Wesener MDA,
Parlamentarischer
Geschäftsführer
und Sprecher für
Kultur, Haushalt und
Finanzen

#ICHBINKEINVIRUS

Warum es in Zeiten von Corona eine Plattform für Betroffene von Rassismus braucht

Eigentlich wollte ich mich beim virtuellen #WirVsVirus-Hackathon der Bundesregierung mit dem Thema Saisonarbeit beschäftigen. Ich arbeite als Webkonzepterin und wollte einfach „nur“ an einer Problemstellung knobeln. Ich wollte aber auch schauen, ob sich schon irgendjemand mit dem Thema Rassismus beschäftigte. Unter dem Hashtag #IchBinKeinVirus hatten sich ja schon viele asiatisch gelesene Menschen über Rassismuserfahrungen im Kontext der Coronakrise ausgetauscht. Eine Suche nach „Ras...“ wie Rassismus in der Liste der Projektideen für den Hackathon ergab 0 Treffer!

So entstand spontan die Idee zu „IchBinKeinVirus – Dein Netzwerk gegen Rassismus“, und es fand sich schnell eine kleine Gruppe, um dieses Thema zu bearbeiten. Wir

möchten Betroffenen ein Netzwerk gegen Rassismus im Zusammenhang mit COVID-19 zur Verfügung stellen. Auf der Website sollen sie Erfahrungen teilen, sich gegenseitig empoweren und andere Akteur*innen finden können.

AUSTAUSCH ERMÖGLICHEN

Warum wir dringend so eine Plattform brauchen? Meine Mutter hat letztes die Polizei gerufen, weil acht Jugendliche sie mit den Rufen „CORONA!“ verfolgten. Ich hatte mit einem Fernsehsender Kontakt, der einen Bericht über den Vorfall machen wollte – sie würden dafür sogar extra nach Bielefeld anreisen. Als ich fragte, ob es ein Problem sei, dass ihr Deutsch nicht zu 100 Prozent perfekt sei, war die Idee für den Fernsehsender gestorben.

Menschen, die nicht perfekt Deutsch sprechen, finden schwerer einen Platz in der Öffentlichkeit. Also wollen wir ihnen für ihre rassistischen Erfahrungen eine eigene Plattform für niedrigschwelligen Austausch geben. Dort sollen sie sprechen und Hilfe finden können, auch wenn sie kein perfektes Deutsch beherrschen.

UNTERSTÜTZUNG WILLKOMMEN

Wir von Rassismus Betroffenen schaffen dieses „gegen Rassismus“ nicht allein, wir brauchen überall Unterstützer*innen. Wenn ihr uns helft, wird Deutschland nicht nur für uns, sondern für alle besser. Geht es nicht darum in der Demokratie? Auch für den Aufbau der Plattform freuen wir uns über weitere Unterstützer*innen. Ihr findet uns jetzt schon als „ichbin-

keinvirus“ auf Instagram.

Und allen von Rassismus Betroffenen möchte ich sagen: Vielleicht fragt ihr euch, ob es die falsche Entscheidung war, euer Leben hier zu verbringen. In vielen Fällen hat jemand anderes diese Entscheidung für euch gefällt oder ihr würdet gar hier geboren. Bitte verliert nicht den Glauben daran, dass dieses Land auch euch eine Heimat sein kann und ist.

Weitere Infos:

www.instagram.com/ichbinkeinvirus



Victoria Kure-Wu,
Web- und Appkonzepterin

RECHT AUF WOHNEN – ÜBERALL

Was bleibt vom Mieter*innenschutz nach der Pandemie?



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

Mitte März 2020 in Neukölln: Eine Mieterin mit Verdacht auf Corona wartet auf das Ergebnis ihres Tests, während sich der Gerichtsvollzieher für eine Zwangsräumung angekündigt hat. Erst eine Intervention von Katrin Schmidberger, Grünes Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, kann die Räumung in letzter Minute – und nur vorläufig – abwenden. Trotz Atempause ist es nur ein Beispiel dafür, wie die aktuelle Situation jene am schwersten trifft, die ohnehin schon genug Probleme haben – wie ein Brennglas verschärft sie schon vorhandene Notlagen.

Inzwischen hat der Berliner Senat ein Maßnahmenpaket für Mieter*innen und einkommensschwache Haushalte verabschiedet, landeseigene Vermieter*innen verzichten auf Zwangsräumungen, öffentliche Versorgungsunternehmen auf Strom- und Gassperren.

WAS KOMMT NACH CORONA?

Doch wie sieht es nach Ende der Pandemie aus, wenn diese wichtigen, aber zeitlich begrenzten Maßnahmen auslaufen werden? Gerade in Neukölln, wo schon vor Corona viele die immer stärker steigenden Mieten kaum noch bezahlen konn-

ten, droht angesichts zusätzlicher Einkommensverluste eine Beschleunigung der Verdrängungsprozesse auf dem Wohnungsmarkt.

Grüne Politik setzt sich seit langem für sozialverträgliche Mieten ein und hat dazu auf allen Ebenen, vom Bezirk bis zur Bundespolitik, wirkungsvolle Konzepte entwickelt. In Neukölln wurde auf grüne Initiative ein Präventionsteam zur Vermeidung von Wohnungsverlust geschaffen. Fünf Sozialarbeiter*innen unterstützen Menschen mit Mietschulden. Das Ziel: Wohnraum erhalten, Zwangsräumungen verhindern. Seit Anfang 2019 konnte so in über 100 Fällen ein drohender Wohnungsverlust vermieden werden.

Gleichzeitig haben wir die Ausweisung von Milieuschutzgebieten weiter vorangetrieben. Im April 2019 wurden die letzten Lücken innerhalb des S-Bahn-Rings geschlossen, im März 2020 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung mit „Britz“ und der „Germaniapromenade“ weitere Gebiete unter diesen Schutz zu stellen. Damit kann auch hier teuren Modernisierungen ein Riegel vorgeschoben und die Umwandlung in Eigentumswohnungen erschwert werden.

NEUKÖLLNER MODELL

Neues Planungsrecht für Mietwohnungen gibt es seit dieser Wahlperiode nur noch, wenn anteilig auch bezahlbare Wohnungen entstehen. Dieses sogenannte Berliner Modell gilt eigentlich schon seit 2014 – kommt in Neukölln aber erst zum Einsatz, seitdem die Grünen für die Stadtplanung verantwortlich sind. Seit März 2020 geht Neukölln sogar noch einen Schritt weiter. Weil das Berliner Modell etwa auf Nachverdichtungen keine Anwendung findet, hat das grün geführte Stadtentwicklungsamt das ergänzende Neuköllner Modell entwickelt. Damit soll auch schon bei kleineren Neubauvorhaben sichergestellt werden, dass nicht am Bedarf vorbei gebaut wird. Denn Neukölln braucht bezahlbaren Wohnraum – keine Luxus-Eigentumswohnungen.

Darüber hinaus macht der Bezirk seit 2017 intensiv von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch. In vielen Fällen konnte so der Verkauf ganzer Miethäuser an rein renditeorientierte Unternehmen und die drohende Umwandlung in Eigentumswohnungen verhindert werden. In anderen Fällen fand der Verkauf zwar statt, aber unter Bedingungen zum Schutz der bestehenden Mietverhältnisse.

MIETENDECKEL – JETZT ERST RECHT

Der im Februar 2020 vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedete Berliner Mietendeckel hat deutschlandweit für Furore gesorgt. Für Berliner Mieter*innen sorgt er nicht nur für Sicherheit vor weiter steigenden Mieten, sondern sieht bei übersteuerten Mieten sogar deren Senkung vor.

All diese Beispiele zeigen, was konstruktive grüne Politik auf Landes- und kommunaler Ebene erreichen kann. Auf dem Bundesparteitag im letzten Jahr wurde beschlossen, das Recht auf Wohnen in das Grundgesetz aufzunehmen. Egal auf welcher Ebene: Das Ziel sozialverträglicher Mietpolitik verfolgen wir konsequent weiter.



Jochen Biedermann, Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürgerdienste in Neukölln

Patrick Berg, Vorstandsmitglied des KV Neukölln

KULTUR IST SYSTEMRELEVANT

Berlins Kulturlandschaft muss über die Coronakrise hinweg gerettet werden

Die Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus verlangen uns allen und unserer freien Gesellschaft viel ab. Für die zahlreichen Berliner Kulturschaffenden und Kreativen kommen sie einer Katastrophe gleich. Die meisten von ihnen wurden durch die Absage von Aufführungen, Ausstellungen oder Festivals von einem auf den anderen Tag faktisch arbeitslos.

KULTUR ALS LEBENSGRUNDLAGE

Viele fürchten um ihre Lebensgrundlage, zumal Künstler*innen ohnehin zu den besonders prekären Einkommensgruppen gehören. Auch der größte Teil der Kulturbetriebe – ob freie Bühnen und Ensembles, private Museen oder Clubs – arbeitet im besten Fall kostendeckend. Für sie kann der Wegfall von Eintrittsgeldern und sonstigen Einnahmen schon nach wenigen Wochen das Aus bedeuten. Infolge der Corona-

krise droht Berlins ebenso vielfältiger wie einmaliger Kulturlandschaft der Totalschaden. Das gilt es zu verhindern!

Denn auch wenn sich die Betroffenen gewohnt kreativ gezeigt und diverse ihrer Angebote ins Internet verlagert haben, realisieren wir doch gerade in den letzten Wochen, wie sehr wir das kulturelle Leben in unserem Alltag vermissen. Streaming-Angebote sind zeitweilig eine nette Alternative, aber kein Ersatz für das Live-Erlebnis. Gerade in der Coronakrise erweist sich der kollektive wie individuelle Stellenwert des Mediums Kunst in all ihren Sparten und hybriden Ausdrucksformen: als Unterhaltung, Reflexion und Orientierung, für die Selbstverwirklichung und den kritischen Dialog in der demokratischen Öffentlichkeit. Und was wäre Berlin ohne seine Kultur- und Kreativwirtschaft mit rund 300.000 Werktätigen? Kultur ist in jeder Hinsicht systemrele-

vant – dem muss die Politik gerade jetzt Rechnung tragen.

DIE LEHRE AUS DER KRISE

Es ist deshalb gut, dass der Berliner Senat, das Abgeordnetenhaus und der Bund eine ganze Reihe von Soforthilfen auf den Weg gebracht haben, um Kulturschaffende und -betriebe über die Coronakrise hinweg zu retten. Ohne diese Millionen-Zuschüsse und vergünstigten Darlehen würde der gesellschaftliche und ökonomische Schaden danach ungleich größer sein. Trotzdem fallen immer noch viel zu viele freischaffende Künstler*innen und Kulturorte durchs Hilfe-Raster. Je länger die Krise andauert, desto deutlicher wird, dass sie wie ein Brandbeschleuniger wirkt: Denn eine unterfinanzierte Kulturlandschaft und kulturelle Grundversorgung und miserable Bezahlung von Künstler*innen und Kreativen waren schon lange vorher ein Problem. Die

Lehre aus der Krise kann deshalb nur sein, dass Kunst und Kultur endlich den (finanziellen) Stellenwert bekommen, der ihnen zusteht – und ohne den unsere Gesellschaft so viel ärmer wäre.



*Daniel Wesener MDA,
Parlamentarischer
Geschäftsführer
und Sprecher für
Kultur, Haushalt und
Finanzen*

SCHUTZ VOR HÄUSLICHER GEWALT

Mitarbeiterinnen von ZUFF e.V. berichten

Zu einer der negativen Auswirkungen der Coronakrise gehört leider, dass durch die räumliche Enge, verursacht durch die Ausgangsbeschränkungen und das Abstandsgebot, auch die Fälle von häuslicher Gewalt gestiegen sind. Exemplarisch für andere Träger haben wir dazu ein Gespräch mit Mitarbeiterinnen von ZUFF e.V. geführt, einem Trägerverein für Zufluchtwohnungen. ZUFF e.V. besteht seit 37 Jahren und bietet Wohnungen mit insgesamt 31 Plätzen für Frauen und Kinder aus Not- und Gewaltsituationen.

BERATUNG PER TELEFON

Natürlich erfolgt die Beratung seit März telefonisch. Der Alltag hat sich dadurch sehr verändert. Es wurde auch sofort intensiv mit den Bewohnerinnen und ihren Kindern gesprochen und schützende Verhaltensregeln wurden etabliert.

Die Mitarbeiterinnen sehen einen großen Vorteil darin, dass sie sowie schon Expertinnen im Krisenma-

nagement und sehr flexibel sind. Eine Kollegin ist jeweils im Büro, der Rest ist im Homeoffice. Sollte ein besonderer Notfall bei der Betreuung eintreten bzw. sollten die Frauen eine Wohnung neu beziehen müssen, ist gewährleistet, dass eine Mitarbeiterin sich vor Ort befindet.

HILFT DIE ISTANBUL-KONVENTION?

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die „Istanbul-Konvention“, ist seit 2018 in Kraft. Die Konvention umfasst alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt und legt zugleich einen Schwerpunkt auf häusliche Gewalt. Sie verlangt die Schaffung einer ausreichend großen Anzahl von Unterkünften, um allen Opfern übergangsweise eine angemessene Unterbringung anzubieten. ZUFF gehört in mehrfacher Hinsicht zu den in der Konvention benannten „relevanten NGOs“, die über den Zu-

fluchtsort hinaus Schutz bieten für bestimmte Personengruppen, wie geflüchtete Frauen*, Betroffene von sexualisierter Gewalt und LGBTIQ*.

WELCHE UNTERSTÜTZUNG MUSS DIE POLITIK JETZT BIETEN?

In erster Linie wünschen sich die ZUFF-Mitarbeiterinnen, dass das Thema „Gewalt im sozialen Nahraum“ langfristig und intensiv auf die Agenda gesetzt wird. Natürlich ist jeder weitere Schutz- oder Frauenhausplatz hilfreich, aber damit allein ist es bei weitem nicht getan. Es muss auf allen Ebenen sensibilisiert und Maßnahmen müssen getroffen werden, beispielsweise Fortbildungen für Richter*innen, Polizei und Jugendamt zu Gewalt im sozialen Nahraum und insbesondere zum Thema sexualisierte Gewalt. Aber auch die Job-Center der Bezirke könnten mit dem jetzt vereinfachten Antragsverfahren gerne weitermachen und mehr Kulanz walten lassen.

Die Mitarbeiterinnen wünschen sich endlich eine Regelfinanzierung. Dazu sollte sich die zuständige Senatsverwaltung endlich in der Lage sehen. In Zeiten, in denen sich so schnell so viel geändert hat, sollten wir das auch noch hinbekommen.



*Anja Kofbinger MDA, Sprecherin für
Frauen-, Gleichstellungs- und
Queerpolitik*

*ZUFF e.V. (Zufluchtwohnungen für
Frauen)*

CARE-ARBEIT GEHT UNS ALLE AN

Der Krise gemeinsam feministisch begegnen

Wenn Applaus von Fenstern und Balkonen tönt, wollen derzeit viele Menschen Wertschätzung ausdrücken. Die Coronakrise wirft ein Schlaglicht auf die Arbeit derjenigen, die häufig unsichtbar bleiben und zeigt: Ohne Menschen, die andere pflegen, gerät unsere Gesellschaft ins Wanken. In diesen Berufen arbeiten zu über 80 Prozent Frauen.

Doch Applaus alleine reicht nicht. Denn damit verändern sich weder die Arbeitsbedingungen noch die Gehälter in der professionellen Care-Arbeit. Dazu kommt: In privaten Haushalten wird die Pflege- und Care-Arbeit unbezahlt und zumeist durch Frauen verrichtet. Sowohl die Geringschätzung der professionellen Sorgearbeit als auch die Doppelbelastung aus Lohn- und Hausarbeit tragen dazu bei, dass eine Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern bis heute nicht erreicht. Ganze 21 Prozent verdienen Frauen auch im Jahr

2020 weniger als ihre männlichen Kollegen.

DAS GESELLSCHAFTLICHE UNGLEICHGEWICHT MUSS SICH ÄNDERN

Die feministischen Bewegungen setzen sich seit Jahrzehnten dafür ein, dieses durch Rollenzuschreibungen erzeugte gesellschaftliche Ungleichgewicht sichtbar zu machen und die bezahlte und unbezahlte reproduktive Arbeit gerecht zu gestalten und umzuverteilen.

Zugleich mobilisieren rechtsextreme und populistische Gruppierungen und Parteien massiv dagegen. Ihre antifeministischen Parolen einer angeblich natürlichen Geschlechterordnung finden nach wie vor Anklang. Sie stützen sich dabei auf die patriarchalen Strukturen, die unsere Gesellschaft nie überwunden, sondern nur reduziert hat. Das Selbstbestimmungsrecht und die Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen geraten so massiv unter Druck.

DIE KRISE TRIFFT BESONDERS DIEJENIGEN, DIE BEREITS WENIG HABEN

Darum ist ein intersektional gedachter Feminismus gerade jetzt besonders wichtig. Denn Krisen verschärfen die tief verwurzelten sozialen und ökonomischen Ungleichheiten: Die, die am wenigsten haben, trifft es zumeist am schwersten. Neben Frauen auch jene, die marginalisierten Gruppen angehören. Wer schon vorher beispielsweise von Sexismus, Klassismus oder Rassismus betroffen war, läuft Gefahr, dies jetzt noch stärker zu erfahren – sowohl in globaler Perspektive als auch bei uns in Neukölln.

GEMEINSAM FÜR GERECHTE SORGEARBEIT

Gerade jetzt müssen wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass wir die Errungenschaften feministischer Bewegungen nicht zurückdrehen, sondern reproduktive Sorgearbeit neu denken: Wir brauchen eine ge-

rechte Entlohnung professioneller Care- und Pflegearbeit, mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen mit mehr Mitsprache, Aufstiegsmöglichkeiten und kürzeren Arbeitszeiten. Genauso müssen wir aber auch die unentlohnte Sorgearbeit in den Blick nehmen. Wir müssen weg vom Rollenbild der Frau als Kümmerin – und hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Umwertung und Umverteilung der Sorgearbeit. Nur so haben wir eine Chance auf eine selbstbestimmte und gerechte Gesellschaft mit Entfaltungsmöglichkeiten für alle. #WhoCares? We all do.



Vivian Weitzl,
Vorstandssprecherin
KV Neukölln

QUEERBEAUFTRAGTE*R FÜR NEUKÖLLN

Einmal im Jahr eine Fahne hochziehen reicht einfach nicht



Foto: David Peterson auf Pixabay

Neukölln tut zu wenig, um die hier ansässige LSBTIQ*-Community vor Gewalt und Übergriffen zu schützen. Das ging aus einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage hervor. Und trotzdem wird Neukölln auch in dieser Legislaturperiode keine*n Queerbeauftragte*n bekommen. Der Bürgermeister macht geltend, dass ein*e Beauftragte*r vom Senat bezahlt werden müsse, weil er sonst eine*n Ingenieur*in oder Radwegeplaner*in entlassen müsste. Hört sich interessant an. Aber, stimmt das auch?

EINE FINANZIERUNG IST MÖGLICH

Am Geld kann es eigentlich nicht liegen, denn da hat Neukölln genau so viel aus der Senatschatulle erhalten wie die anderen Bezirke. Im Doppelhaushalt 2020/21 wurde noch einmal ordentlich aufgestockt, was auch uns Grünen besonders wichtig war. Das sollte eigentlich für eine Beauftragtenstelle reichen. Aber weit gefehlt. Neukölln tue ja schon so viel für die Bekämpfung der LSBTIQ*-Feindlichkeit im Bezirk. So die Antwort auf die schriftliche Anfrage von Sebastian Walter und mir (Drs. Nr. 18/22874).

SICHERHEIT – GEBORGENHEIT – NEUKÖLLN

Allen voran wurde die Aktion „Sicherheit – Geborgenheit – Neukölln“ genannt. Die wurde von allen möglichen Akteur*innen getragen, aber bestimmt nicht vom Bezirksamt Neukölln. Bezahlt wurde sie am Ende von Susanna Kahlefeld und

mir und inhaltlich gefüllt zudem von den Gewerbetreibenden der Sonnenallee, der NBS e.V. und anderen. Soweit also zu den erbrachten Leistungen des Bezirks Neukölln.

QUEERPOLITIK MUSS AUCH VOM BEZIRKSAMT INITIIERT WERDEN

Auch die anderen in der Anfrage benannten Projekte, wie zum Beispiel RUT, Abqueer, Checkpoint BLN, sind im Wesentlichen senatsgefördert, eine Angabe zum Beitrag Neuköllns gab es nicht. Dass sich das Jugendamt des Bezirks engagiert, ist überaus löblich und soll auch nicht unerwähnt bleiben. Es liegt hier vor allem am Engagement einzelner Angestellter, aber ausgewiesene Ressourcen gibt es dafür nicht. Das gilt für die beiden Dialogveranstaltungen mit dem SchwuZ ebenso wie für das geplante, aber nun abgesagte, Familienfest in der JFE Lessinghöhe. Aus der Antwort auf die Anfrage ging auch hervor, dass es niemanden

gibt, die*der in Neukölln für diesen Bereich zuständig ist. Alles geschieht wohl auf Zuruf.

EIN*E QUEERBEAUFTRAGTE*R FÜR NEUKÖLLN

Aus all dem, was hier vom Bezirksamt geantwortet wurde, geht klar hervor, dass man das Problem sehr wohl erkannt hat, aber möchte, dass es von anderen gelöst wird. So kam auch die abwegige Idee zustande, dass der Senat eine Bezirksstelle bezahlen soll. Das ist unverantwortlich. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung: Ein*e Queerbeauftragte*n jetzt! Und Ingenieur*innen und Radwegeplaner*innen behalten wir auch.



Anja Kofbinger Mda,
Sprecherin für Frauen-
und Gleichstellungs-
und Queerpolitik

ZERO WASTE

Teil 3: Tipps für den Haushalt

„Ich versuche jeden Ort ein wenig sauberer und schöner zu hinterlassen, als ich ihn vorgefunden habe. Denn ich glaube: Vorleben ist neben Aufklärung der beste Impuls hin zur Veränderung.“

Nele Wlokas (Zero Waste e.V.)

1. Aufkleber „Keine Werbung“ am Briefkasten gegen die Werbeflut anbringen und Briefwerbung abbestellen.
2. Losen Tee mit Sieb statt Wegwerf-Teebeutel nutzen. Gekaufte Teebeutel können Plastik enthalten.
3. Haushaltswaren aus Plastik ersetzen durch Produkte aus Metall, Holz, Porzellan, Emaille oder Glas. Jedoch noch funktionierende Gegenstände nicht wegwerfen, sondern so lange wie möglich benutzen.
4. Plastikgeschirr und -besteck durch wiederverwendbares ersetzen. Für Partys oder größere Feiern kann man Geschirr, Besteck und Gläser auch ausleihen.
5. Gummiringe von Gemüsebündeln als Vorrat aufheben und Verschlüsse aus Draht wiederverwenden.
6. Korken entweder bei Sammelstellen abgeben oder weiterverarbeiten, etwa zu Pflanzenmarkern.
7. Zellstoff-Haushaltstücher durch Stofflappen ersetzen. Schon ein altes Baumwoll-Bettlaken ergibt sehr viele Stofflappen.
8. Eierkartons weiterverarbeiten, etwa als Grillkohleanzünder oder Behälter für Setzlinge.
9. Alte funktionierende Elektro- und Elektronikgeräte verkaufen oder verschenken, statt sie wegzuerwerfen.
10. Nur solche Lampen kaufen, bei denen das Leuchtmittel auswechselbar ist.
11. Akkus statt Einweg-Batterien benutzen. Das ist auf Dauer billiger und belastet die Umwelt viel weniger.
12. Kaputte Geräte zu Reparatur- bzw. Sammelstellen bringen, aber nicht im Hausmüll entsorgen.
13. „Zu verschenken“-Box einrichten und nutzen. Wenn aussortierte Dinge zu schade sind zum Wegwerfen, finden sie in einer „Zu verschenken“-Box oft noch Abnehmer*innen.
14. Alte Landkarten/Noten in Briefkuverts verwandeln.
15. Zeitungen und Illustrierte als Geschenkpapier verwenden.
16. Geschenke kunstvoll in Stoff einwickeln – Furushiki (aus Fernost) arbeitet mit Tüchern und wiederverwendbaren Stoffresten.
17. Aus Zeitungspapier Tüten für Einkauf oder Müll falten.
18. Alte, verschlissene Kleidungsstücke wie Unterhemden oder Socken aus Baumwolle als Putztücher nutzen.
19. Getränkeverpackungen weiterverwenden als Blumenvase für Kräuter auf der Fensterbank, Vogelfutterstelle, Laterne oder Stofftuch-Spender.
20. Konservendosen upcyclen, etwa zu Windlichtern oder Utensilbehältern umarbeiten.
21. Streichhölzer oder wiederbefüllbare Feuerzeuge verwenden.

Quelle: www.smarticular.net/
zero-waste-tipps-im-alltag-muellvermeidung
Copyright © smarticular.net

HIER LASSEN SICH IN NEUKÖLLN UNNÖTIGE VERPACKUNGEN VERMEIDEN:

Die dicke Linda – Regionalmarkt,
Sa am Kranoldplatz,
www.dicke-linda-markt.de

Türkischer Wochenmarkt,
Di und Fr am Maybachufer

Dr. Pogo – unverpackte Produkte,
Karl-Marx-Platz 24,
veganladen-kollektiv.net

Biosphäre – unverpackte Produkte,
Weserstraße 212

Isla Coffee Berlin,
Hermannstraße 37,
instagram: @islacoffeeberlin

Kugu Kuruyemis – Nussrösterei,
Kottbusser Damm 13,
www.kugu-nussroesterei.de

balera – Weinhandlung,
Karl-Marx-Platz 6,
www.balera-weine.com

Trial and Error – Tauschladen,
Braunschweiger Straße 80,
www.trial-error.org

CSA Projekt – Solidarische Landwirtschaft,
Donaustraße 79, www.ida-nowhere.com

Plantage – Gemüseboxe,
von der Genossenschaft Plantage,
www.plantage.farm

IST CLUBKULTUR VOM AUSSTERBEN BEDROHT?

In den vergangenen Wochen – schon vor der Coronakrise – machten immer mehr Meldungen von bedrohten Clubs die Runde. Zuletzt las man von der Neuköllner Grießmühle, deren Zwischennutzungsvertrag nicht verlängert wurde.

Als Sprecher für Clubkultur setze ich mich seit Jahren für die Belange der Clubs ein. Im Fall der Grießmühle war es dann auch für mich etwas Besonderes. Denn ich führte gemeinsam mit der Clubcommission quasi Verhandlungen mit dem Investor, während draußen die Kameras auf ein Ergebnis warteten. Als Kompromiss haben wir

vereinbart, dass auf dem Gelände am S-Bahnhof Sonnenallee weiterhin gebaut, aber gleichzeitig auch versucht wird, einen zukünftigen Clubstandort dort zu schaffen. Für die Grießmühle wurde ein Ausweich- und ein möglicher Alternativstandort vereinbart.

Doch solche hoffnungsvollen Zeichen – ebenso wie die Rettung des „Heideglühens“ – verschwinden längst hinter Corona. Der Betrieb von Clubs ist ohnehin knapp kalkuliert. Eine Umfrage der Clubcommission ergab: Über 70 Prozent der Berliner Clubs sind bereits nach Ablauf eines Monats ohne Einnah-

men finanziell ruiniert.

Der Senat hilft unter anderem Künstler*innen und Kleingewerbe bis fünf Personen mit 5.000 Euro Soforthilfe. Mittlere und größere Clubs bekommen Liquiditätshilfen. Doch häufig können viele der ohnehin unter steigenden Mieten ächzenden Clubs ihre Kredite nicht zurückzahlen.

Sicher werden Clubs diese Krise überleben, und es wird auch nach Corona neue Clubs geben. Doch die Pandemie wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Gerade die kleinen, die bezahlbaren und die kollektiv betriebenen Spielstätten sind

in Gefahr. Und damit die Berliner Clubkultur. Dafür braucht es einen gesonderten Hilfetopf.

Unterdessen spende ich weiterhin unter www.unitedwestream.berlin, was ich aktuell an Eintrittsgeldern nicht ausgeben kann. Macht bitte mit!



Georg P. Kössler
MdA, Sprecher
für Klima- und
Umweltpolitik,
Eine-Welt-Politik
und Clubkultur,
ravt aktuell zu
Hause.

WHAT'S
UP

ROT-ROT-GRÜN SCHÜTZT UNSERE BÄUME

Mehr Geld für die Rettung der Stadtbäume vor der Klimakrise



Foto: Grüne Neukölln

Unseren Bäumen geht es nicht gut, weder in Neukölln noch im Rest der Stadt. In unserem Bezirk gilt jeder fünfte der 21.000 Stadtbäume als ernsthaft geschädigt. Im letzten Jahr

mussten deshalb fünfmal mehr Bäume als üblich gefällt werden. Dabei ist der Baumbestand in den letzten Jahrzehnten ziemlich gewachsen: Die Zahl der Berliner Bäume ist zwi-

schen 1990 und 2016 um rund ein Sechstel auf ca. 438.000 gestiegen.

Berlin wird immer dichter bebaut und wir spüren noch immer die Folgen des Kaputt-Sparens in den Jahren unter Finanzsenator Sarrazin. Aber auch die Hitze der letzten Jahre hat den Bäumen das Leben schwer gemacht. Im Sommer 2019 fiel ein Drittel weniger Niederschlag als sonst üblich. Und dabei hatten wir schon im Jahr zuvor Rekordtemperaturen (29 Tage über 30°C, normal sind sechs!). Im Herbst 2017 hatte das Sturmtief Xavier bereits 56.000 Bäume in unserer Stadt zerstört.

Das sind alles Beispiele für eine fortschreitende Klimakrise, unter der wir alle leiden und die für unsere Stadtbäume gefährlich wird. Wir brauchen diese Bäume aber in unserer Stadt, denn sie verbessern die Lebensqualität von uns Stadtbewohner*innen. Sie filtern die Luft, sorgen für Schatten und verbessern das lokale Klima durch Verdunstung. Außerdem fühlen sich Menschen in grünen Straßen einfach wohler als in grauen Betonwüsten, Bäume tragen so auch zum Stressabbau bei.

Wir müssen also um jeden Baum kämpfen! Für uns ist das selbstverständlich und so haben wir in der rot-rot-grünen Koalition heftig dafür gekämpft, dass im Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 viel Geld dafür fließt.

Die klammen Ämter in den Bezir-

ken bekommen endlich was sie verdienen: Fast 15 Mio. Euro zusätzlich pro Jahr für die Anpflanzung neuer und die Pflege bestehender Bäume! Die Mittel pro Baum, die ein Bezirk erhält, steigen damit von 48 auf 80 Euro. Endlich sparen wir unsere Bäume nicht mehr kaputt!

Mit diesen Investitionen wollen wir die „Grüne Null“ für die Berliner Bäume erreichen: Es sollen wieder mehr Bäume angepflanzt als gefällt werden. Auch das Tempelhofer Feld profitiert davon. Im Februar haben die Pflanzungen von 91 Bäumen begonnen. Bald werden auf dem Feld mehr Eichen, Ahorn- und Obstbäume stehen. Daneben haben wir auch die Personalmittel erhöht, damit die Berliner Forsten und die Bezirke sich zukünftig besser um unsere Bäume kümmern können.

Ob wir damit jeden einzelnen Baum retten können? Die Entscheidung darüber liegt im Einzelfall weiterhin vor Ort bei den zuständigen Ämtern. Aber wir haben sie fit gemacht für gute Pflege und ausreichend Nachpflanzungen.



Georg P. Kössler
MdB, Sprecher für
Klima- und
Umweltpolitik,
Eine-Welt-Politik
und Clubkultur

BENCHING BERLIN

ERZÄHLT DOCH MAL: WAS IST BENCHING BERLIN ÜBERHAUPT UND WIE SEID IHR AUF DIE IDEE DAZU GEKOMMEN?

Wir sind in Berlin daran gewöhnt, dass der öffentliche Raum größtenteils für Verkehrswege und Parkplätze reserviert wird. Gerade in Neukölln, wo viele Menschen oft in kleinen Wohnungen ohne Balkon leben, wären mehr öffentliche Ruhe- und Erholungsorte wünschenswert. Wir bauen deshalb Sitzbänke aus Holz, das wir auf der Straße finden, und stellen sie an ungewöhnlichen Plätzen auf. Da-

durch entstehen neue Orte, an denen man eine Pause einlegen oder Freund*innen treffen kann, ohne etwas konsumieren zu müssen.

WAS FÜR REAKTIONEN BEKOMMT IHR AUF EURE BÄNKE?

Die Reaktionen sind bisher sehr positiv: Egal ob von Senior*innen, die die Bänke als Pausenbank auf dem Heimweg vom Einkaufen nutzen, oder von jungen Leuten, die sich dort in normalen Zeiten abends auf ein Spätbier treffen – die Bänke werden insbesondere im Frühling und Sommer viel und unterschiedlich genutzt. Andere

schreiben uns direkt auf unserem Instagram-Kanal, wo wir unsere Arbeit dokumentieren.

WIE KANN MAN EUCH UNTERSTÜTZEN?

Wir freuen uns, wenn wir andere dazu inspirieren, selbst Bänke zu bauen. Außerdem kann man uns natürlich mit Sachspenden unterstützen, denn einen Teil des Materials müssen wir kaufen, wie etwa Schrauben. Wenn jemand eine Werkstatt hat, die wir gelegentlich (mit-)nutzen könnten, würde ein Traum für uns in Erfüllung gehen.



Bella, Benjamin und Bernd von benching Berlin auf einer ihrer Bänke am Elsensteg 2019. Zurzeit bauen sie Ein-Personen-Bänke.
Instagram: @benchingberlin

LOCAL
HEROES

KOMMUNALPOLITIK IN CORONA-ZEITEN

Was wir aus der Krise für die Zukunft lernen

Allen war klar, dass die kommunale Arbeit gerade in dieser Krisenzeit nicht zum Stillstand kommen darf. Und so brachten wir uns als Grünen-Fraktion aktiv ein in die Diskussion über die Weiterführung von Aktivitäten der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), regten virtuelle Ausschusssitzungen an und machten Vorschläge zur Durchführung einer „Not-BVV“. Dennoch fanden im März und April nur wenige Ausschuss- und Ältestenratskonferenzen statt. Das Bezirksamt arbeitete die ganze Zeit weiter und traf Entscheidungen – das war gut und sehr wichtig. Allerdings fehlte die kontrollierende und „handlungsanleitende“ Funktion der Bezirksverordneten.

DIGITALISIERUNG DER BVV

Hier müssen wir Vorkehrungen für die Zukunft treffen. Auch wenn Ausschusssitzungen nur noch stattfinden, um Anträge zu beraten (das

geht auch virtuell, wenn die Frage der Rechtssicherheit von elektronisch gefassten Beschlüssen geklärt ist), sollte die BVV einmal im Monat zusammentreten. Bei Fortbestehen der Kontakteinschränkungen ginge dies ggf. in einer kleineren „Notbesetzung“, die allerdings die realen Mehrheitsverhältnisse widerspiegeln muss. Das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt bietet im großen Saal die Möglichkeit, BVV-Sitzungen mit erforderlichen Sicherheitsabständen durchzuführen. Um die Beteiligung der Öffentlichkeit zu gewährleisten, wäre es endlich an der Zeit, die seit langem von uns Grünen beantragte Live-Übertragung der BVV zu beschließen und technisch zu realisieren.

VERBESSERUNG ÖFFENTLICHER FÜRSORGE

Auch die Erfahrungen mit Gewalt in der Familie und Auswirkungen

auf den Schutz von Kindern müssen dringlich zu einer Verbesserung des Krisenmanagements und der Schutz- und Hilfemöglichkeiten führen. Hier ist endlich die seit langem geforderte Aufstockung des Fachpersonals umzusetzen! Das gilt natürlich auch für den Bereich von Gesundheitsversorgung und Pflege. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben durch staatliche Institutionen hat sich bewährt; Privatisierung und Auslagerung haben sich als unzureichend erwiesen. Fangen wir nach der Krise gleich mit der Rekommunalisierung der Schulreinigung an!

ACHTSAMER UMGANG MITEINANDER

Natürlich würde ich mir wünschen, dass alles bald vorbei ist und wir schnell zum „normalen“ Leben zurückkehren. Zugleich hoffe ich, dass wir uns künftig nicht nur besser auf die Fortsetzung der (kommunal)po-

litischen Arbeit vorbereiten, sondern auch einige weitere Erfahrungen in die Zeit danach hinüberretten: Entschleunigung, ein achtsamer Umgang miteinander, die Sorge um die eigene und die Gesundheit anderer, die Erkenntnis, dass es wichtigere Dinge gibt als den täglichen Termindruck. Bleibt gesund!



Bernd Szczepanski,
Fraktionsvorsitzender der Grünen
BVV-Fraktion
Neukölln

VERLÄNGERUNG DER U7 BIS ZUM BER

Notwendig vor allem für die Menschen in Rudow und Schönefeld, nicht allein für den BER!



Foto: Jan Stiermann

Die Diskussion um die Verlängerung der U7 bis zum Flughafen BER ist gespalten: Den einen ist die U7-Verlängerung zu teuer, da für das Geld etwa auch ein Vielfaches an Tram-Ausbau möglich wäre. Für die anderen ist sie als weiterer Anschluss an den BER erforderlich. Ausgeblendet werden dabei oft die Bedürfnisse der Menschen in Rudow und Schönefeld.

PROGNOSE: VERKEHRSSCHAOS

Neben den rund 40 Mio. Passagieren

und dort beschäftigten Menschen, wird für die Gemeinde Schönefeld ein Bevölkerungswachstum um mind. 15.000 Menschen prognostiziert. Zusätzlich werden rund 45.000 neue Arbeitsplätze um den Flughafen erwartet. Das zusammen löst Pendel-, Berufs- und Gewerbeverkehr in beträchtlichem Ausmaß aus, davon sehr viel in und durch Rudow.

Aktuell geplant ist ein eng getakteter Bus-Shuttle von der Endhaltestelle U7 Rudow zum BER. Die Umsetzung ist relativ einfach: U7- und Bushaltestelle ausbauen, Wartebereiche für Busse und Wendeflächen auf der Straße schaffen - fertig!

Jedoch bedeuten Shuttlebusse zum BER für Rudow mehr Verkehr, Rückstaus bei Wendemanövern der Busse und die Bereitstellung von Warteflächen. Dabei platzt die Bushaltestelle Rudow schon jetzt aus allen Nähten. Ob die Busse die Kapazität und Attraktivität haben, neben den Flugpassagieren auch noch den zusätzlichen Bedarf aus dem

Bevölkerungs- und Gewerbewachstum aufzunehmen, ist fraglich.

U-BAHN ODER DOCH TRAM?

Alternativ ist hierzu die Tram eine denkbare Lösung. Diese hat eine deutlich höhere Kapazität gegenüber einem Bus und ist für viele attraktiver. Es bleibt allerdings wie beim Bus auch das umständliche Umsteigen von der U-Bahn in die Tram in Rudow. Bei den niedrigeren Baukosten als bei der U-Bahn ist aber auch die niedrigere Kapazität zu berücksichtigen.

Schlussendlich bleibt die Verlängerung der U7 bis zum BER. Die Trasse und Flächen für Haltestellen sind freigehalten. Dafür sprechen auch die hohe Kapazität sowie Attraktivität und die Anbindung bisher nicht angeschlossener Gebiete (u.a. Frauenviertel, Schönefeld) und damit eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße in die U-Bahn. Dagegen sprechen bisher hohe Baukosten und die lange Bauzeit.

MACHBARKEITSSTUDIE BRINGT LICHT INS DUNKEL

Eine beauftragte Machbarkeitsstudie soll nun fundierte Aussagen zu den Kosten, Vor- und Nachteilen einer U-Bahnverlängerung ermitteln. Als Bündnis 90/Die Grünen Neukölln setzen wir uns zusammen mit vielen anderen Akteur*innen im Bezirk für die Verlängerung der U7 bis zum Flughafen BER ein. Die Situation in Rudow ist für die Menschen schon jetzt sehr belastend, der Bus-Shuttle wird dies noch deutlich steigern. Die dynamische Entwicklung am BER und in Schönefeld spricht für eine konsequente Lösung, die wahrscheinlich nur die U-Bahnverlängerung bieten kann.



Jan Stiermann,
AG Südneukölln

RECHTSEXTREMISMUS IN NEUKÖLLN

Wir fordern endlich Aufklärung der rechten Gewalttaten!



Die Morde in Neukölln an Burak Bektaş (2012) und Luke Holland (2015) sind bis heute nicht aufgeklärt. Gleiches gilt für die Brandanschläge, mit denen der Buchhändler Heinz Ostermann, die Politiker*innen Mirjam Blumenthal, Ferat Kocak und andere eingeschüchtert werden sollten, die sich gegen rechte Gewalt in Neukölln engagiert haben. Neukölln ist in besonderem Maß betroffen: Allein zwischen Mai 2016 und März 2019 zählte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Neukölln 55 Anschläge, die von Sachbeschädigung über persönliche Bedrohung bis hin zu lebensgefährlicher Brandstiftung reichten.

UNZUREICHENDE ERMITTLUNGEN

Aber nicht nur diese Zahl erschreckt, sondern auch, dass es bisher kaum Ermittlungserfolge gegeben hat. Die Vermutung drängt sich auf, dass es Personen in den Sicherheitsbehörden gibt, die die Täter*innen und deren Taten decken – ob aus Gesinnung oder weil V-Leute geschützt werden sollen. Zahlreiche Fehler der Ermittlungsarbeit wurden öffentlich, die einem unerklärlich scheinen: u.a. bei der Beweismittelsicherung oder dem Nachverfolgen von Hinweisen. Zudem wurden spätere Opfer nicht gewarnt, obwohl Erkenntnisse über Gefährdungen vorlagen. Senator

Andreas Geisel und seine Senatsverwaltung für Inneres und Sport haben viel zu spät auf die Ermittlungsfehler reagiert. Bis heute hat er eine unabhängige Aufarbeitung und Untersuchung nicht ermöglicht. Das alles hat das Vertrauen in die Polizei schwer erschüttert.

AUFKLÄRUNG JETZT

Völlig zu Recht forderte eine Gruppe der von rechten Anschlägen betroffenen Neuköllner*innen am 4.11.2019, dass es ein „Weiterso“ nicht geben dürfe. Sie übergaben im Abgeordnetenhaus 13.500 Unterschriften mit der Forderung nach einem Untersuchungsausschuss.

NEUKÖLLNER GRÜNE FÜR EINE ENQUETE-KOMMISSION

Da ein Untersuchungsausschuss aber seine Arbeit mit der Legislaturperiode beenden müsste, fordern die Neuköllner Grünen eine parlamentarische Enquete-Kommission: Diese soll die Ermittlungsspannen und mögliche rechte Netzwerke innerhalb der Polizei untersuchen. Sie soll über den begrenzten Bereich der Sicherheitsbehörden hinaus systematisch diskriminierende Strukturen und Ausschlussmechanismen in der Berliner Landesverwaltung aufdecken. Wir wollen eine Beteiligung von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft als Sachverständige, um eine kritische Bestandsaufnahme und Analyse sowie ein transparentes Verfahren zu ermöglichen. So kann aufgeklärt und vielleicht neues Vertrauen geschaffen werden.

Die Neuköllner Grünen sind Gründungsmitglied im Bündnis Neukölln: www.buendnis-neukoelln.de Neue Mitstreiter*innen sind immer willkommen!



Susanna Kahlefeld MdB, Sprecherin für Partizipation, Beteiligung und Europa

Philmon Ghirmai, Vorstandssprecher KV Neukölln

IMPRESSUM

**Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Neukölln**

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

Vi.S.d.P.:
Ralf Schmidt-Pleschka

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Andreas Audretsch, Meike Berg, Patrick Berg, Jochen Biedermann, Jutta Brennauer, Philmon Ghirmai, Kathleen Gust, Susanna Kahlefeld, Antje Kapek, Anja Kofbinger, Georg P. Kössler, Victoria Kure-Wu, Kara Mikus, Lisa Müller, Viola Muster, Kadir Şahin, Ralf Schmidt-Pleschka, André Schulze, Linda Schwarz, Christine Spannagel, Jan Stiermann, Bernd Szczepanski, Robin Völker, Daniela Wannemacher, Vivian Weitzl

Gestaltung & Layout: Ulrike Cymek

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Auflage: 20.000

Vorstandssprecher*innen:
Philmon Ghirmai, Vivian Weitzl

Internet: www.gruene-neukoelln.de

Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit Namen gekennzeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.

SCHULBAU STATT BLOCKADE

Wie weiter mit den Friedhöfen an der Hermannstraße?



Auf St. Jacobi das Café der Prinzessinnengärten, Foto: Bernd Szczepanski

Berlin benötigt weniger Friedhofsflächen. Die Bestattungskultur hat sich gewandelt, statt Erdgräber gibt es immer mehr Urnengräber oder etwa anonyme Bestattungen.

Im Jahr 2006 hat der Berliner Senat daher ein Entwicklungskonzept für städtische und kirchliche Friedhöfe verabschiedet. Anfang 2016 stimmte der Bezirk Neukölln mit dem Evangelischen Friedhofsverband Berlin Stadtmitte ein „Integriertes Friedhofsentwicklungs-Kon-

zept“ (IFEK) zur Nachnutzung nicht mehr benötigter Friedhöfe an der Hermannstraße ab. Im Juni 2016 wurde es in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen.

SCHULE UND WOHNUNGEN DRINGEND BENÖTIGT

Das Konzept sieht vor: eine Gemeinschaftsschule, einen Spielplatz und Wohnbebauung auf St. Jacobi (nahe Oderstraße), genossenschaftliches Wohnen u.a. für Menschen mit Be-

einrichtungen sowie eine Gedenkstätte für Zwangsarbeiter auf Jerusalem V (Netzestraße). Große Teile beider Friedhöfe bleiben unbebaut und werden dauerhaft als Grün- und Erholungsflächen gesichert. Ebenso wurde der neue St. Thomas-Friedhof bereits in den Anita-Berber-Park umgewandelt. Alle Fraktionen der BVV (bei Enthaltung der Linken) waren sich damals einig, dass vor allem eine neue Schule für die wachsende Bevölkerung unverzichtbar sei.

BLOCKADE BEI UMSETZUNG

Seit es jedoch an die Umsetzung des IFEK geht, wird das Projekt vom früher der AfD angehörenden Stadtrat Eberenz torpediert. Eberenz hat zwar mittlerweile die Partei gewechselt hat (CDU), nicht aber seine politischen Ansichten. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion, die nichts mehr von ihrer damaligen Zustimmung wissen will, versucht er nicht nur jede Bebauung, sondern sogar gärtnerische Nutzung von Flächen zu verhindern. Die „Prinzessinnengärten“, die im Auftrag des Friedhofsverbandes eine Nachnutzung des St. Jacobi-Friedhofs entwickeln, werden in ihrer Arbeit ausgebremst.

Es ist ihm und der Neuköllner CDU völlig egal, dass damit auch der

dringend benötigte Schulbau und barrierefreie, bezahlbare Wohnungen unmöglich gemacht werden.

Für uns Grüne ist klar: Wir werden eine sozial-ökologische Stadtentwicklung nicht gegen den Erhalt von Grünflächen ausspielen lassen! Wir setzen uns weiter für den Schulbau und Wohnmöglichkeiten für sozial benachteiligte Menschen ein, bewahren dauerhaft den Zugang zu Grün- und Erholungsflächen und setzen dabei durch, dass die bauliche Nutzung von Flächen in klima- und umweltverträglicher Bauweise erfolgt.

Weitere Informationen zum Friedhofs-Konzept sowie zu den Positionen der Neuköllner Grünen finden sich hier:

www.gruene-neukoelln.de/ifek



Bernd Szczepanski,
Fraktionsvorsitzender der Grünen
BVV-Fraktion
Neukölln

DREI FRAGEN AN... URSULA KÜNNING,

die vor Kurzem zur Co-Vorsitzenden der Grünen BVV-Fraktion Neukölln gewählt wurde.



Ursula Küning
Foto: Jutta Brennauer

WAS HAT DICH IN DIE POLITIK GEBRACHT?

Ich bin schon früh politisch aktiv geworden. Angefangen hat es bei mir mit der Frauenbewegung in den

siebziger Jahren. Weshalb feministisches Engagement bis heute noch notwendig ist, liegt auf der Hand: etwa die Diskriminierung von Frauen im Bereich Lohngerechtigkeit. Es besteht immer noch keine Entkriminalisierung bei Schwangerschaftsabbrüchen und bei der Information über Beratung dazu. Unterdrückung, selektive Abtreibung von Mädchen sowie Tötung und Misshandlung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts sind ein weltweites Problem.

Ein anderer Schwerpunkt von mir war schon früh der Kampf gegen die Nutzung von Atomenergie. Ich war Anti-Atomkraft-Aktivistin und da gab es viele heiße Kämpfe in Westdeutschland. Meine politischen Themen spiegeln sich bei den Grünen,

und besonders überzeugt zu einem Eintritt in die Partei hat mich die Frauenquote.

WO SIEHST DU DRINGENDE AUFGABEN IM BEZIRK?

Neukölln ist ein wunderbarer, turbulenter Bezirk, es gibt aber auch viele Probleme: Steigende Mieten, die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum und die damit einhergehende Verdrängung von Mieter*innen. Wir Grünen nutzen und entwickeln Instrumente gegen diese Gentrifizierung. Das Vorkaufsrecht durch den Bezirk, der Mietendeckel oder die Verpflichtung zum Bau von einem Anteil bezahlbaren Wohnungen bei Neubauprojekten sind Beispiele. Wir müssen hier am

Ball bleiben, damit der Wohnraum für alle Menschen in Neukölln erschwinglich bleibt oder wieder erschwinglich wird.

Im Bezirk wohnen viele arme Menschen. Politik hat die Aufgabe durch Beratung Hilfsmaßnahmen und Bildung gegen Armut zu kämpfen.

WAS WILLST DU KONKRET BEWEGEN?

Neukölln soll ein Bezirk sein, in dem Menschen jeden Alters, jeder Herkunft, Religion oder sexueller Identität, ob mit oder ohne körperliche oder mentale Einschränkungen gut und sicher leben können. Da gibt es für mich noch viel zu tun.